

GRÜN in Ostholstein

Wir GRÜNE in Ostholstein bearbeiten die unterschiedlichsten Fragen zwischen der Kieler und Lübecker Bucht und in den Städten, Gemeinden und kleinen Dörfern. Wir arbeiten an Antworten auf die Klimakrise und achten darauf, dass ökologische und wirtschaftliche Fragen sozialgerecht beantwortet werden. ÖPNV und Mobilität, Erreichbarkeit und Versorgungsstrukturen, Gesundheit, Tourismus, Arbeitsmarkt, Migration und Großprojekte wie die feste Fehmarnbeltquerung und die Ostküstenleitung sind Themen, die uns beschäftigen.

Hier in Ostholstein erleben und schützen wir unsere Umwelt und Natur. Hier schützen wir das Klima. Hier leben wir sozialen Zusammenhalt und engagieren uns für unsere Demokratie. Uns GRÜNE leitet in der Kommunalpolitik einer unserer Gründungsgedanken: „Global denken, lokal handeln“ – denn vor Ort entscheidet sich ganz konkret, ob das Schwimmbad erhalten bleibt, die neue Kita gebaut wird oder Radwege erneuert werden, ob Kinder und Jugendliche beteiligt werden, ob wir Orte des Zusammenkommens schaffen und unsere Stadtkerne belebt bleiben. Der Schutz unserer biologischen Ökosysteme garantiert auch den Schutz von Arbeitsplätzen, des sozialen Zusammenhalts und der Kultur.

Wir wollen Ostholstein klimaneutral, gerecht und zukunftsfest gestalten.

Klimaschutz konsequent umsetzen

Nur wenn die Kommunen aktiv dazu beitragen, können wir die Pariser Klimaschutzziele noch erreichen und die globale Temperaturerhöhung auf deutlich unter 2° C begrenzen. Damit in den Städten und Gemeinden im Kreis Ostholstein schon das bestehende Ziel - Treibhausgasneutralität bis 2045 - erreicht wird, sind große Anstrengungen zu bewältigen. Dieses Ziel reicht allerdings nicht. Wir wollen erreichen, dass es auf 2040 vorgezogen wird und das Klimaschutzkonzept des Kreises entsprechend angepasst wird.

Zurzeit gibt es beim Kreis nur eine Stelle für Klimaschutz. Wir setzen uns dafür ein, dass eine „Leitstelle Klimaschutz“ beim Kreis mit drei Vollzeitstellen (zwei für Management und eine für Koordination) eingerichtet wird. Die Leitstelle soll Maßnahmen aus dem aktuellen Klimaschutzkonzept umsetzen und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden abstimmen. Koordiniert werden soll auch z. B. die Beratung von Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung, von Planer*innen und Bürger*innen und auch die Planung von Radwegen zwischen Gemeinden. Gemeinden, die keine*n eigene*n Klimaschutzmanager*in haben, sollen hier Informationen erhalten, wie Treibhausemissionen in allen Bereichen reduziert werden können und welche Förderprogramme verfügbar sind. Den Gemeinden soll Hilfe bei der Wärme- und Kälteplanung angeboten werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis einen Leitfaden für „Klimaschutz in der Bauleitplanung“ mit Vorgaben für Neubau- und Gewerbegebiete entwickelt, Gasnetze in Neubaugebieten nicht mehr verlegt werden, die versiegelten Flächen möglichst geringgehalten und Grünflächen mit Blühpflanzen und Bäumen angelegt werden.

Der Kreis soll eine „Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“ erstellen, um auf die bereits vorhandenen Veränderungen und die zu erwartenden Folgen des Klimawandels reagieren zu können.

Besonders in der Bauleitplanung sollten auch die Folgen des Klimawandels z. B. Hitze, Trockenheit, Wassermangel, Starkregen und der erwartete Anstieg des Meeresspiegels berücksichtigt werden.

Wir wollen die Umsetzung möglichst vieler Maßnahmen aus dem aktuellen Klimaschutzkonzept von 2022. Dazu gehören u. a.:

- Die Wärmeversorgung der Gebäude des Kreises wird bis 2040 auf erneuerbare Energie umgerüstet und die Energieeffizienz gesteigert.
- Regelmäßige Berichte zu Klimaschutzmaßnahmen und CO₂-Bilanzen sind von den Beteiligungsgesellschaften des Kreises zu erstellen: Rettungsdienst, WOBAU, EGOH, ZVO usw.
- „Klimarelevanz“ wird in Beschlussvorlagen der Ausschüsse integriert.
- Die zu schaffende Leitstelle ist für Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der Klimaschutzziele und der Möglichkeiten, wie man CO₂ einsparen kann, zuständig. Es wird laufend berichtet, welche Projekte gerade umgesetzt werden. Der Internetauftritt wird optimiert, Schulen und Kitas werden besucht, Aktionen und Kampagnen wie zum Beispiel eine „Energie-Olympiade“ werden durchgeführt. Über ein Benchmark-System könnten Gemeinden ihre Aktivitäten vergleichen.

Wir wollen, dass Privatpersonen und Betriebe gut informiert werden, wie man den Energieverbrauch senken und wie jeder etwas für den Klimaschutz tun kann, z. B. durch mehr regenerativ erzeugten Strom, energetische Sanierung von Gebäuden, Ausbau der Wärmenetze und Förderung der E-Mobilität. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass der Überschussstrom aus der Region genutzt werden kann.

Mobilitätswende beschleunigen

Wir müssen unseren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erreichen, die Kinder in die Kindertagesstätte bringen, einkaufen, abends in den Verein gehen, am Wochenende unsere Freunde und Verwandten besuchen. Ab und zu machen wir Urlaub. Unser Leben setzt Mobilität voraus. Uns GRÜNEN liegt nachhaltige Mobilität am Herzen, und zwar für alle Menschen, unabhängig von finanzieller Lage, Alter und möglichen Einschränkungen.

Für immer mehr Menschen wird es einfacher und attraktiver, ohne eigenes Auto mobil zu sein. Unsere Luft wird dadurch sauberer und gesünder, die Lärmbelastungen gehen wohltuend zurück, und wir gewinnen öffentlichen Raum für die Menschen. Die Lebensqualität der Bürger*innen in den Städten und Dörfern steigt. Wir stellen die nachhaltige Mobilität in den Mittelpunkt unserer Politik, damit der Verkehr seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Wir wollen emissionsarme Autos, ein attraktives Bahn- und Busangebot und hochwertige Radwegenetze. Richtig gemacht bietet die Verkehrswende riesige Chancen, unseren Alltag und unsere Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land zu verbessern.

Das Zu-Fuß-Gehen wollen wir durch ausreichend breite und attraktive Gehweg-Verbindungen fördern. Auch Kinder und Menschen, deren Mobilität eingeschränkt ist, müssen sich sicher bewegen können. Dazu trägt auch eine Ausweitung von Tempo-30-Bereichen und verkehrsberuhigten Zonen bei, für die wir uns aussprechen.

Wir GRÜNE engagieren uns für gute (Rad-)Verbindungen zwischen den Dörfern, eine gute (Rad-)Infrastruktur in den Orten sowie in den Ortsdurchfahrten. Wir fordern sichere und komfortable Zu- und Abfahrten für den Radverkehr bei Haltestellen und Bahnhöfen. Ebenso werden entsprechende und sichere Möglichkeiten zum Fahrradparken benötigt. Das Fahrrad verstehen wir als ein gleichberechtigtes Verkehrsmittel mit großem Ausbaupotential. In Kombination mit anderen Verkehrsmitteln wie Bussen und Bahnen, Taxen oder Car-Sharing kann es das eigene Auto oder zumindest den Zweitwagen ersetzen. Bei der Entwicklung des ländlichen Raums spielt das Fahrrad eine wesentliche Rolle. Wir GRÜNE wollen es als eigenständiges Verkehrsmittel stärken und betrachten es als geeigneten Zubringer zum öffentlichen Personennahverkehr. Fahrräder und Pedelecs bieten gerade im Berufs- und Schulverkehr als Bus- und Bahnzubringer große Chancen für einen Effizienzgewinn im öffentlichen Verkehr. Dafür benötigen wir aber auch eine entsprechende Infrastruktur. Bei dem Ausbau geht es nicht nur um neue Wegebeziehungen, sondern auch um die Verbreiterung der vorhandenen Radwege, sodass Überholvorgänge und auch Gegenverkehre komfortabler und sicherer durchgeführt werden können.

Das Radwegekonzept muss weiter überarbeitet werden: Es muss eine Abfrage bei den Gemeinden nach den Bedarfen erfolgen. Es sollen mehr Radschnellwege an Kreisstraßen gebaut und vorhandene ausgebaut bzw. saniert werden. Für Bedienstete wollen wir die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Dienstfahrräder fördern zu lassen.

Öffentliche Verkehrsmittel sollen eine verlässliche Alternative zum Auto darstellen, auch in ländlichen Regionen. Deswegen wollen wir sie so ausbauen und miteinander vernetzen, dass sie für immer mehr Menschen eine gute Lösung darstellen. Vom Bund erwarten wir, dass er die seit über 20 Jahren stagnierenden Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) deutlich aufstockt. Dann können Land und Kommunen auch größere Investitionen stemmen und beispielsweise stillgelegte

Bahnstrecken reaktivieren. Wir machen uns dafür stark, dass der Kreis und seine Eigenbetriebe und Gesellschaften ein Jobticket für seine Mitarbeiter*innen anbietet.

Nicht überall kann man heute schon auf das Auto verzichten – vor allem in ländlichen Regionen, aber auch für bestimmte Anlässe wird das Auto noch benötigt. Umso wichtiger ist es uns, E-Fahrzeuge zu etablieren. Dafür wollen wir die Lade-Infrastruktur ausbauen. Mitarbeiter sowohl der Kreisverwaltung als auch von Unternehmen sollten sich am Carsharing beteiligen – so wird Carsharing unterstützt und es sind weniger private PKW unterwegs. In einem ersten Schritt setzen wir uns dafür ein, dass keine Diebstreien mehr genehmigt werden, bei denen ein dienstlicher oder privater PKW mit Verbrennermotor genutzt werden soll.

Guter ÖPNV heißt für uns: gute Taktung von Bus und Bahn, bedarfsgerecht, barrierefrei und emissionsfrei. Wir wollen prüfen, ob der ÖPNV in Zukunft kommunalisiert werden kann.

Auf die Gebäude kommt es an

Die energetische Sanierung und die Modernisierung von Altbauten müssen in den nächsten Jahren noch schneller vorankommen. Noch immer wird in privaten Haushalten knapp die Hälfte der Energie für Wärme verbraucht. Mehr als die Hälfte dieses Verbrauchs lässt sich einsparen, indem Energie effizienter eingesetzt wird. Dass öffentliche Gebäude Photovoltaik und Solarthermie nutzen und Ökostrom beziehen, wollen wir in der Ostholsteiner Energiepolitik zum Standard machen. Mit moderner Technik kann Abwärme effizient und klimafreundlich zum Heizen von Gebäuden oder Wohnsiedlungen genutzt werden. Auch der Einbau dezentraler Energiespeicher ist wichtiger Bestandteil der Energiewende.

Lebendige Gewässer und vorausschauender Hochwasserschutz

Klimawandel und andere Ursachen führen dazu, dass Starkregen- und Hochwasserereignisse zunehmen. Wir setzen uns für einen ganzheitlichen und möglichst ökologischen Hochwasserschutz ein. An den Gewässern werden regelmäßig Gewässerschauen durchgeführt, denn sie sind Lebensadern der Natur und auch für unser Wohnumfeld wichtig. Gewässer in Ostholstein müssen in einen guten ökologischen Zustand versetzt werden. Die umfangreichen Fördermöglichkeiten des Landes sollen dabei ausgeschöpft werden.

Flächenverbrauch weiter reduzieren

Die Flächeninanspruchnahme für Straßen, Siedlungen und Gewerbegebiete nimmt stetig zu. Seit 2016 gilt das Nachhaltigkeitsziel von 30ha pro Tag für ganz Deutschland. Für Schleswig-Holstein sind das 1,3 ha. Für den Kreis sollte ein Jahreskontingent für neu versiegelte Flächen festgelegt werden, das dem 1,3 ha- Ziel entspricht.

Wir wollen, dass im ersten Schritt für die gesamte Kreisfläche ein digitales Flächenkataster aufgebaut wird, um den Flächenverbrauch überprüfbar zu machen. Außerdem muss der Kreis seine Ausgleichs- und Beratungsfunktion viel stärker wahrnehmen und bei den Gemeinden auf Flächensparsamkeit hinwirken. Dazu gehören eine Bauleitplanung und eine Baugenehmigungspraxis, die Klimaschutz endlich umsetzen. Insbesondere für Gewerbegebiete, zusätzlichen Wohnraum und Verkehrsflächen müssen flächensparende Lösungen umgesetzt werden. Im 150 m-Küsten-Streifen sollte nicht gebaut werden.

Naturschutz fördern

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist ein Kernanliegen GRÜNER Politik. Vielfältige und intakte Ökosysteme sind die Voraussetzung für die Produktion von Nahrungsmitteln, für unsere Gesundheit und sie bieten Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Wir erleben seit vielen Jahren den Rückgang vieler Arten bei Insekten, Vögeln und auch bei Fischen. Die Bestände an Dorsch und Hering sind in der Ostsee stark geschrumpft. Viele Bäume und Pflanzen leiden unter Trockenheit, wenn es zu wenig regnet.

Der menschengemachte Klimawandel, die Versiegelung von Flächen für Verkehr und Siedlungsbau und die anhaltende (Zer-)Störung von Lebensräumen mit dem einhergehenden Artensterben belasten unsere Umwelt und damit auch uns Menschen zunehmend. Wir wollen Biodiversität fördern, indem wir uns für mehr Schutzgebiete, Biotopverbundflächen, Erhaltung von Grünland und Neuwaldbildung einsetzen. Die Ökosystemleistung von Bäumen sollte mehr Beachtung finden. Bestehende Wälder sollen naturnah bewirtschaftet werden. Deshalb wollen wir die Aufwertung von Lebensräumen, z. B. durch Moor- Renaturierungen. Wir wollen wirksamen Insekten- und Bienenschutz auch durch eine bessere Überwachung der Düngemittelverordnung. Uferzonen und Knicksäume dürfen nicht weggepflügt, Knicks nicht durch immer mehr Durchfahrten verkleinert werden. Wir brauchen viel mehr Blühflächen für Wildbienen.

Die Aktion „Ostholstein blüht auf“ sollte fortgeführt werden. Mehr Ökolandbau und weniger industrielle Landwirtschaft sind unser Ziel. Zurzeit liegt im Kreis Ostholstein die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe bei 5% mit 3% Flächenanteil. Wir wollen die Landschaft dabei unterstützen, stärker auf regionale Vermarktung zu setzen – vor allem im Zusammenspiel mit dem Tourismus sehen wir hier weiteres Potenzial. Da der Rückgang von Insekten hauptsächlich von der Intensiv-Landwirtschaft verursacht wird, muss es hier dringend zu einer Agrarwende kommen. Die Nitratbelastung der Böden ist zu hoch und muss vermindert werden. Nur so kann das vermehrte Algenwachstum in der Ostsee gestoppt werden.

Wir wollen, dass der Kreis das Projekt „Nationalpark Ostsee“ konstruktiv begleitet und dafür sorgt, dass die Menschen mitgenommen werden. Der erfolgreiche Nationalpark Wattenmeer ist für uns Vorbild.

Für all diese Aufgaben ist eine zusätzliche Stelle in der Unteren Naturschutzbehörde erforderlich. Sie soll die bereits laufenden Aktivitäten im Bereich des biologischen Klimaschutzes mit einem vorausschauenden Biodiversitätsmanagement verbinden. Unser Ziel ist es, mehr Fördermittel des Landes und des Bundes für Umweltprojekte im Kreis zu generieren, Akteure in der Fläche stärker zu vernetzen und zu beraten und gemeinsam mit ihnen neue Projekte zu entwickeln. Wir wollen ein effizientes Monitoring und eine wirksame Kontrolle, damit das geltende Naturschutzrecht eingehalten wird.

In den letzten Jahren sind immer mehr Schottergärten entstanden. Laut Landesbauordnung sind Schotterflächen außerhalb von Zuwegungen nicht zulässig und müssen von den Kreisbehörden geahndet werden. Die Bauaufsicht muss personell so ausgestattet werden, dass die Schottergarten-Besitzer*innen angeschrieben werden können und der Rückbau kontrolliert werden kann.

Tierschutz intensivieren

Für die wachsenden Aufgaben im Tierschutz und zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit soll das Kreisveterinäramt personell und finanziell besser ausgestattet werden. Auch weitere einfache Möglichkeiten, den Kreis Ostholstein tierfreundlicher zu machen, wie Nisthilfen und Insektenhotels, werden wir unterstützen und vorantreiben. Auch wer ehrenamtlich Tieren hilft, sollte Hilfe bekommen – beispielsweise durch einen kreisweiten Tierschutzfonds, mit dem unbürokratisch Tierarztkosten für Fundtiere und andere Tiere in Notlagen erstattet werden können.

Soziales Ostholstein

Verlässliche soziale Netze knüpfen

Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, brauchen Rat und Hilfe. Es gilt, niedrigschwellige Angebote zu schaffen, bei denen Hilfesuchende möglichst individuelle Beratung und Hilfen erhalten. Wenn man solche Angebote entwickelt, sollten so weit wie möglich die Betroffenen eingebunden und deren konkrete Bedürfnisse beachtet werden.

Wir werden uns als GRÜNE für einen regelmäßigen kommunalen Armuts- und Sozialbericht einsetzen, der die Entwicklung aufzeigt und von einem Maßnahmenkatalog zur Eindämmung von Armut begleitet werden soll. Hierüber soll auch der Zugang zu frühkindlicher Bildung, zum offenen Ganztags an allen Schularten sowie zu digitalen Angeboten der von Armut betroffenen Kindern untersucht und verbessert werden. Das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes soll proaktiv und unbürokratisch für die Menschen umgesetzt und die Wohngeldberatung ausgebaut werden. Tafeln und Kleiderkammern sowie soziale Projekte wollen wir unterstützen. Fehlende Mietspiegel oder schlüssige Konzepte zur Ermittlung angemessener Kosten der Unterkunft erschweren es Menschen im Sozialleistungsbezug, „angemessenen“ Wohnraum zu finden, der von der Leistungsbehörde akzeptiert wird. Darunter leiden alle Betroffenen. Deshalb setzen wir GRÜNE uns vor Ort für die Umsetzung beider Instrumente ein.

Frauen und Kinder mit Gewalterfahrung unterstützen

Frauen und Kinder werden Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen. Die Fallzahlen sind seit Jahren konstant und hoch. Die Opfer brauchen leicht zugängliche Anlaufstellen, um Rat und Unterstützung zu finden. Die Umsetzung der sogenannten „Istanbul-Konvention“, der Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt von 2011, erfolgte 2018 in Deutschland durch das begleitende Bundesgesetz. Damit sind alle föderalen Ebenen verpflichtet, diese Vorgaben der Konvention einzuhalten. Die GRÜNEN in Ostholstein nehmen diesen Auftrag sehr ernst. Wir werden die Verpflichtungen aus der Konvention, die in den kommunalen Zuständigkeitsbereich fallen, konsequent verfolgen.

Wir werden "Frauenberatung und Notruf Ostholstein" stärken, um gewaltbetroffene Frauen im ländlichen Raum besser zu erreichen. Sei es, weil sie nicht mobil sind, aufgrund von Behinderungen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe leben oder über schlechte oder keine Deutschkenntnisse verfügen.

Wie in der Landesrichtlinie vorgesehen, werden wir GRÜNE den Antrag stellen, die Arbeit zu mindestens 50 % mitzufinanzieren. Gleichzeitig werden wir die Arbeit des „Frauenhauses Ostholstein“ stärken. Außerdem werden wir uns auf Landesebene für

eine Aufstockung der Landesfinanzierung über das Landesfinanzausgleichsgesetz einsetzen.

Das Land plant derzeit den Aufbau eines Kompetenzzentrums gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Wir werden die Kreisverwaltung auffordern, die dortigen Beratungs- und Schulungsressourcen frühzeitig in Anspruch zu nehmen und ein deutliches Zeichen gegen strukturelle Gewalt zu setzen.

Gute gesundheitliche und medizinische Versorgung gewährleisten

Bei Entscheidungen und Planungen muss das Thema Gesundheit ebenso grundsätzlich mitbedacht werden wie Umweltverträglichkeit. Unser Ziel ist eine gesundheitliche und medizinische Versorgung, die flächendeckend, bedarfsgerecht und qualitativ hochwertig ist. Wir wollen an der regionalen Gesundheitskonferenz unbedingt festhalten, damit sich die Beteiligten vor Ort besser verzahnen. Das Gesundheitsamt soll beim Planen und Organisieren der Gesundheitskonferenzen eng eingebunden sein.

Wir wollen die Teilhabe psychisch kranker Menschen an der Gesellschaft fördern und ihnen eine selbstständige Lebensführung ermöglichen. Dafür müssen die sozialpsychiatrischen Dienste gestärkt werden. Mit Suchtprävention wollen wir auf die Gefahren der Abhängigkeit bei Genussmitteln, Medikamenten und bei der Mediennutzung hinweisen.

Gesundheit ist eine wichtige Ressource und zugleich eine wesentliche Grundlage für unsere Lebensqualität. Die finanzielle Situation im Gesundheitswesen ist allerdings sehr angespannt. Daher ist es wichtig, die knappen Ressourcen möglichst effizient einzusetzen, und die Prävention zu stärken, damit die Menschen nicht oder erst möglichst spät kostenintensive Therapien in Anspruch nehmen müssen. In Europa ist neben Bewegungsmangel vor allem eine jahrelange Fehlernährung die Hauptursache von über der Hälfte aller Erkrankungen. Daher fordern wir, dass die Ernährung in Kitas, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen zumindest dem Qualitätsstandard der DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) entspricht.

Als einen weiteren Baustein fordern wir den Aufbau von integrativen Gesundheitszentren. Hier können sich Bürger*innen im Bereich der Gesundheit und Pflege beraten lassen, und zudem eine einfache gesundheitliche Betreuung (z. B. Verbandswechsel) erfahren, um ärztliche Praxen und Krankenhäuser zu entlasten. Auch eine leicht zugängliche Vermittlung von psychosozialen Beratungs- oder Betreuungsangeboten soll hier möglich sein. Nachbarschaftshilfe („Nachbarn für Nachbarn“) kann von einem solchen Gesundheitszentrum aus ebenfalls ideal vermittelt werden. Die Mitarbeiter*innen der Zentren sollen zudem Erzieher*innen, Lehrer*innen sowie Gesundheitspersonal hinsichtlich Präventivmaßnahmen aus- und weiterbilden.

Im Pflegebereich halten wir es für absolut notwendig, dass der Kreis als Heimaufsicht seine Kontrollaufgabe noch weiter intensiviert. Jeder Pflegebericht zeigt, dass es immer noch schreckliche Mängel gibt, die im Fall von falscher Medikamentengabe oder gravierender hygienischer Vernachlässigung sogar lebensbedrohlich werden können.

Wir halten es für sinnvoll, dass der Kreis sich beim Land für einen besseren Pflegeschlüssel einsetzt, denn die Personalknappheit ist das Grundübel der meisten Missstände.

Gerade weil eine wohnortnahe geburtshilfliche Versorgung in einem Flächenkreis wie Ostholstein eine besonders große Herausforderung ist, wollen wir die Hebammenversorgung durch gezielte Maßnahmen zur Fachkräftebindung und -entwicklung verbessern und die Geburtshilfe in Ostholstein erhalten. Dies ist für Kind und Mutter Voraussetzung für einen guten Start ins Familienleben. Auf Landes- und Bundesebene werden wir uns für eine bessere Vergütung und die Aufnahme der Geburtshilfe in die Grundversorgung einsetzen. Das nationale Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ muss ernst genommen werden. Die de facto Abschaffung der Versicherung von Hebammen bei Hausgeburten muss dabei von Land und Kreis gemeinsam angegangen werden.

Im Alter so lange wie möglich selbstständig bleiben

Leben und aktiv sein im Alter – das soll mitten in der Gesellschaft möglich sein. In unterschiedlichen Wohnformen können Menschen mit Unterstützungsbedarf eigenständig leben, beispielsweise in ambulant betreuten Wohngruppen oder Mehrgenerationenhäusern. Mit Hilfe von Quartiersarbeit (Nachbarschaftshilfen und Beratungsdiensten) wird es älteren Menschen möglich, in ihrer vertrauten Wohnung und Umgebung wohnen zu bleiben. Für Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, muss es gute Heimplätze geben, alternativ auch Wohngemeinschaften speziell für Menschen mit Pflegebedarf. Da die meisten pflegebedürftigen Menschen zu Hause betreut werden, ist zudem ein dichtes Netz von Pflegestützpunkten wichtig, die beraten und ambulante Angebote vermitteln.

Kinder, Jugendliche und Familien stärken

Kinder sind die Zukunft. Auf ihren Chancen und ihrer Bildung wachsen eine starke Demokratie und wirtschaftlicher Wohlstand. Wir sorgen für Prävention und Schutz von Anfang an, indem wir Familienberatung und Familienzentren vor Ort sowie Bildungsangebote gegen Missbrauch, Mobbing und Gewalt in KiTas und Schulen unterstützen. Die Kinder- und Jugendarbeit der Vereine und der Jugendzentren stärken wir als Orte demokratischen und sozialen Lernens. Die Förderung und der Schutz

unserer Kinder vor Gewalt, Ausgrenzung und Diskriminierung ist uns ein sehr wichtiges Anliegen.

Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken die Chancen von Kindern und Jugendlichen. Dazu wollen wir die Unterstützung für finanziell benachteiligte Familien ausbauen, indem wir niedrigschwellige Hilfsangebote wie Selbsthilfegruppen, Elternberatung und Schulsozialarbeit stärken. Durch eine digitale Sozialplanung und die Bildung effizienter beratender Arbeitsgemeinschaften könnten wir mehr Vernetzung und zielgenaue Angebote vor Ort schaffen. Wir streben ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Schüler*innen und Auszubildende an.

Es gibt zahlreiche Kinder und Familien, die durch Krieg, Trauer oder Coronafolgen stark belastet sind. Wir wollen außerschulische Angebote an Kinderschutz- und Familienzentren stärken und zu den Kreisen gehören, deren Schulen frühzeitig von der geplanten Ausweitung des traumapädagogischen Angebotes TIK SH durch das Land profitieren.

Der psychologische Beratungsbedarf für junge Menschen ist während der Pandemie explodiert. Wir unterstützen ausdrücklich die Initiative der Bundesregierung zur Modernisierung der Bedarfsplanung von psychotherapeutischen Sitzen. Bis dahin braucht es eine bessere Vernetzung vorhandener Strukturen sowie eine Informations- und Präventionskampagne zu psychischer Gesundheit.

In Bildung investieren

GRÜNE Politik im Kreis Ostholstein heißt auch GRÜNE Bildungspolitik. Bildung ist Voraussetzung für Klimaschutz, Natur- und Umweltschutz, Mobilitäts- und Energiewende. Bildung ist Voraussetzung für einen respektvollen Umgang miteinander und für einen verantwortungsbewussten Umgang mit unserer Geschichte.

Die Bildung von heute entscheidet über die Lebensqualität von morgen. Deshalb setzt sich die Kreistagsfraktion der GRÜNEN für erheblich mehr Investitionen in Bildung und Erziehung auf allen Ebenen ein. Jeder Euro, der heute in Bildung investiert wird, bringt morgen eine vielfache Rendite für alle.

Wir tragen im Kreis Ostholstein gemeinsam mit dem Land und den Gemeinden die Bildung zu den Kleinsten, auch in die Fläche. Eine gute und verlässliche frühkindliche Bildung ist das Rückgrat unseres Arbeitsmarktes und legt den Grundstein für die persönliche und sprachliche Entwicklung unserer Kinder. Familien sollen sich im Kreis Ostholstein wohl fühlen. Dazu gehören eine gute verkehrliche Anbindung und gesundheitliche Versorgung sowie eine verlässliche und qualitative Kindertagesbetreuung. Wir werden die Qualitätsentwicklung an unseren Kindertageseinrichtungen konsequent vorantreiben und hierfür brauchen wir gutes Fachpersonal. Mit der Reform des Kindertagesförderungsgesetzes zum 1.1.2021 ist das

Land Schleswig- Holstein mit der landesweiten Gebührendeckelung und der Einführung einer Geschwisterermäßigung für KiTa-Kinder wichtige Schritte in Sachen Chancengerechtigkeit gegangen. Wir GRÜNE in Ostholstein wollen, dass unser Kreisgebiet sich stärker engagiert – beispielsweise müssen Geschwisterermäßigung und soziale Ermäßigung der Beiträge konsequent auf Ganztagschulen ausgeweitet werden. Auch werden wir die Kosten und Möglichkeiten einer Deckelung von Verpflegungskosten prüfen. Anstatt einer ausschließlichen Aufnahme zum August eines Jahres, soll es laut Kindertagesförderungsgesetz Schleswig-Holstein regelmäßig auch unterjährig möglich sein, einen Kinderbetreuungsplatz zu erhalten. Die Regelungen im Kreisgebiet müssen entsprechend angepasst und flexibilisiert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis Ostholstein zeitnah ein mobiles Kompetenzteam Inklusion aufbaut, um alle Kindertageseinrichtungen im Kreisgebiet professionell zu unterstützen. Landesmittel stehen hierfür zur Verfügung und sollten auch genutzt werden.

Wir setzen uns für wohnortnahe KiTas und kleine Klassen ein. Wir wollen in unserer bunter werdenden Gesellschaft Fähigkeiten und Begabungen einer/s jeden entdecken und bestmöglich fördern. Das gilt unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Begabung oder Handicap. Wir fördern eine qualifizierte Inklusion. Das Zusammenleben und -lernen allerSchüler*innen im Kreis Ostholstein muss gefördert, Investitionen hierfür müssen bereitgestellt werden. Ein ebenerdiger Neubau des Förderzentrums Kastanienhof ist für die dort lernenden und lebenden Schüler*innen unser Ziel. Schulen und Kitas sind Lern- und Lebensort zugleich. Sie bilden den Kern gemeindlichen Kulturlebens im Verbund mit Musikschule, Theater, Volkshochschule und vielen anderen Initiativen des ländlichen Raums. Die beruflichen Schulen des Kreises haben unsere volle Unterstützung, um auch in Zukunft das gute Fachkräftepotenzial für die heimische Wirtschaft zu entwickeln und zu sichern.

Die Digitalisierung unserer Schulen, einschließlich der hierfür erforderlichen Personalkapazitäten, muss unseren Schüler*innen sowie den Auszubildenden den Weg in die Zukunft ebnen. Die neu eingerichtete digitale Jugend-Berufsagentur muss mit Personal ausgestattet werden. Nur so kann aktiv auf Betroffene zugegangen werden. Wir unterstützen das Programm „Jugend stärken im Quartier“, das viele Jugendliche und junge Erwachsene ohne Schulabschluss in Ostholstein auf ihrem Weg in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt. Wir wünschen, dass dieses zeitlich begrenzte Programm mit Unterstützung durch Bund und Land vom Kreis weitergeführt wird. Die Schüler*innen müssen sich auf sichere Rad- und Fußwege zu den Schulen verlassen können.

Außerschulische Bildung als Chance sehen

Die Volkshochschulen wollen wir unterstützen, da sie einen wichtigen Beitrag zur allgemeinen Bildung der Bevölkerung beitragen. Wir können uns eine ausgebaute

Förderung für diese vorstellen. Ebenfalls wertschätzen wir Museen und alle weiteren außerschulischen Bildungsstätten und möchten die Zusammenarbeit zwischen diesen und der Verwaltung und der Selbstverwaltung ausbauen. Ebenfalls setzen wir uns dafür ein, dass die Bevölkerung und insbesondere Schüler*innen mehr über diese Angebote informiert werden, um weiteres Interesse zu wecken.

Vielfältiges Ostholstein

Ehrenamt als Gesellschaftsmotor verstehen

Für uns GRÜNE sind die Wertschätzung und die daraus resultierende Unterstützung des Ehrenamtes zentral. Wir erkennen diese wichtige Rolle an und möchten Initiativen schaffen, welche das Ehrenamt entlasten. Wir werden weiterhin ein offenes Ohr für die Vereine und weitere Akteur*innen haben.

Dass sich bei uns so viele Menschen bürgerschaftlich engagieren, gestaltet und bereichert unser Zusammenleben in vielen Bereichen – vom Sozialen über Naturschutz bis hin zum Sport. Beispielhaft für viele weitere Engagierte sind die freiwillige Feuerwehr und die Katastrophenschutz- und Rettungskräfte zu nennen.

Diese Engagierten zu fördern und wertzuschätzen, kann sich auch darin zeigen, dass wir sie ernst nehmen. Durch ihre aktive Mitarbeit sammeln sie wertvolle Erfahrungen und Erkenntnisse für politische Entscheidungen. Wir wollen daher, dass Verwaltung und Selbstverwaltung engagierte Bürger*innen frühzeitig in die Entscheidungsfindung einbeziehen.

Demokratie leben

Wir GRÜNE wollen ein gesellschaftliches Klima, das von gegenseitiger Achtung geprägt ist. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und Hetze gegen gesellschaftliche Gruppen und Andersdenkende lehnen wir entschieden ab – und treten solchen Strömungen auch auf kommunaler Ebene jederzeit entgegen.

Weiterhin ist uns eine starke Erinnerungskultur und Bildung über Demokratie wichtig, um demokratieschädlichen Denkweisen vorzubeugen. Wir wollen, dass sich die Gesellschaft weiterhin mit den nationalsozialistischen Verbrechen auseinandersetzt, auch mit mutigem Widerstand. Wir setzen uns dafür ein, dass Gedenkorte erhalten und gepflegt werden: als Orte, an denen wir uns daran erinnern, dass dort Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer politischen und religiösen Überzeugung oder ihrer Behinderung drangsaliert und getötet wurden.

Politische Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung sollen zum Standard an Ostholsteiner Schulen und KiTas werden. In diesem Sinne setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass der Kreis Ostholstein die Gedenkstättenarbeit sowie Orte der politischen Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung in Ostholstein gezielt und dauerhaft fördert. Aufgrund der niedrigen Beteiligung bei (Kommunal-)Wahlen wollen wir verschiedene Maßnahmen ergreifen, um dies zu ändern. Wir fordern daher, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Politik eine Strategie zur Erhöhung der Wahlbeteiligung entwickelt.

Zusätzlich möchten wir die Aufklärung über Kommunalpolitik fördern, um die ehrenamtliche Arbeit attraktiver zu machen. Wir unterstützen ausdrücklich die Bestrebungen der parteilichen Jugendorganisation, den Verbund politischer Jugend wieder aufleben zu lassen.

Gleichstellung verwirklichen

Um die konsequente Umsetzung der Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes zu unterstützen, soll gemeinsam mit den Gleichstellungsbeauftragten in Ostholstein ein Maßnahmenkatalog erarbeitet und verwirklicht werden. Bei Führungspositionen in der Kreisverwaltung sowie in Aufsichtsgremien werden wir auf eine paritätische Besetzung bestehen. Aber wir wissen auch, dass das nicht ausreichen wird. Deshalb möchten wir, dass die Kreisverwaltung ein Programm für Frauen in Führung aufbaut. Auch werden wir Projekte fördern, die die politische und berufliche Teilhabe von Frauen erhöhen. Dazu gehört es beispielsweise, Unternehmen in Ostholstein zu unterstützen, die Teilzeitausbildung ermöglichen.

Vielfalt als Querschnittsaufgabe annehmen

Der Kreis Ostholstein hat den Inklusionsplan 2.0 „Ostholstein erlebbar für alle“ herausgegeben und wird weitere Maßnahmen umsetzen. Das erklärte Ziel des Aktionsplanes, Teilhabeeinschränkungen für Menschen mit Beeinträchtigungen in Ostholstein zu beseitigen und allen Menschen in Ostholstein eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft durch den Abbau von Barrieren zu ermöglichen, verstehen wir GRÜNE als Leitgedanken sämtlicher politischen Entscheidungen.

Wir GRÜNE wünschen uns möglichst viele Chancen zur direkten Begegnung von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen. Das gilt für das gesamte gesellschaftliche Leben, insbesondere aber auch für Sport, Kultur und Tourismus. Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, die Teilhaberechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sichert. Dabei muss die Selbstorganisation der Menschen im Vordergrund stehen, denn sie sind „Experten des eigenen Lebens“. Wir setzen uns dafür ein, dass das Fachpersonal im sozialen Bereich Fortbildung für inklusive und queere Themen erhält.

Anlaufstellen, wie z. B. die Schulsozialarbeit, Jugendtreffs, Seniorenangebote, Beratungen für Geflüchtete, Menschen mit Behinderung, Familienhäuser, Erziehungshilfen etc. sollen eine kompetente erste Einrichtung zur Weitervermittlung werden und queersensibel reagieren können. Der Auf- und Ausbau eigener queerer Strukturen soll unterstützt werden. Zuwanderung ist Teil der Ostholsteinischen Geschichte und wird für die demografische und wirtschaftliche Entwicklung unseres Kreises immer elementarer. Gleichzeitig werden wir GRÜNE uns dafür einsetzen, dass

Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten müssen, hier mit Fairness und Menschlichkeit aufgenommen werden.

Wir wollen, dass sich neuankommende Menschen in unserem Kreis schnell orientieren und auf eigenen Beinen stehen können. Dazu gehört eine offene und moderne Zuwanderungsverwaltung, die es den Menschen ermöglicht, schnell und unbürokratisch in Sprache, KiTa, Schule, Ausbildung, Weiterbildung und Job anzukommen. Die Einrichtung der Koordinierungsstelle für Integration und Teilhabe durch Landesförderung unterstützen wir weiterhin. Die Ausländerbehörde soll in Zuwanderungsbehörde umbenannt werden und künftig integrationsorientierter arbeiten, das bedeutet, die bundesgesetzlich vorgesehenen Ermessensspielräume für Aufenthaltsverfestigung auch konsequent zu nutzen. Landeserlasse sowie der Koalitionsvertrag der Landesregierung geben einen entsprechenden Rahmen vor, in dem sich auch unsere Kreisbehörde künftig bewegen soll.

Außerdem sollen bereits 2023 Maßnahmen entwickelt werden, um die Bearbeitungszeit von Anträgen auf maximal 4 Wochen zu reduzieren. Unterstützungsangebote seitens des Landes werden wir zusätzlich in Anspruch nehmen. Die Kreiskoordinierungsstelle für Integration und Teilhabe wollen wir damit beauftragen, verstärkt geflüchtete Frauen und ihre spezifischen Bedarfe in den Blick zu nehmen.

Wir werden das Arbeitsnetzwerk ALLE AN BORD dabei unterstützen, ihre Beratungsarbeit und Sprachtrainings in Ostholstein auszubauen und wollen die Vernetzung zu interessierten Arbeitgeber*innen und Ausbildungsbetrieben unterstützen. Auch soll die Kreiskoordinierungsstelle Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe dabei unterstützen, begleitende Sprachangebote für Auszubildende mit Deutsch als Zweitsprache zu organisieren und die Lehrpläne entsprechend anzupassen. Die Angebote sollen so aufgebaut sein, dass auch Mütter gut teilnehmen können.

Die Unterbringung geflohener Menschen ist für die aufnehmenden Gemeinden und Ämter im Kreis Ostholstein eine echte Herausforderung. Deshalb müssen Strukturen für Unterbringung und Partizipation nachhaltig erarbeitet werden, um auf künftige Fluchtwellen vorbereitet zu sein. Wir brauchen als Kreis Ostholstein ein Einwanderungs- und Partizipationskonzept, das die hier lebenden Menschen einschließt und bestehende Maßnahmen effektiviert und ausbaut. Hierzu soll es einen zweijährigen Entwicklungsbericht geben, in dem insbesondere die Arbeitsmarktintegration, die Öffnung der Zuwanderungsbehörde, DaZ an Schulen, die Angebote der Beruflichen Schulen und frauenspezifische Maßnahmen überprüft werden sollen.

Kultur unterstützen

Eine lebendige Kultur und die damit verbundenen Aktivitäten gehören zu den Grundbedürfnissen allen gesellschaftlichen Lebens. Wir wollen die institutionelle

Förderung, genauso wie die Projektförderung in der nächsten Wahlperiode fortsetzen, um eine erfolgreiche Arbeit der Kultureinrichtungen zu gewährleisten.

Kultur wird von uns dort gefördert, wo sie an die Grenzen des Machbaren stößt. Das betrifft vor allem Kulturveranstaltungen im ländlichen Raum, wo es immer weniger geeignete Räumlichkeiten gibt. Hier möchten wir zum Dialog zwischen z. B. Kirchengemeinden, Schulen, Ämtern und Gasthäusern auf der einen Seite sowie gemeinnützigen Kulturvereinen, Künstler*innen-Initiativen und Netzwerken auf der anderen Seite aufrufen und deren Initiativen unterstützen.

Um bürokratische Hürden, gerade auch für ehrenamtlich geführte Museen und Kulturvereine und -verbände, zu nehmen, setzen wir uns für ein vereinfachtes, digitalisiertes Anmelde- und Förderantragsverfahren, angemessene Gebühren und niedrigschwellige Fortbildungsangebote für ehrenamtlich Tätige ein. Wir setzen uns für eine kreisweite digitale Veranstaltungsplattform ein. Wir fördern inklusive und diversorientierte Kulturveranstaltungen und regen in diesem Zusammenhang einen Austausch zwischen gemeinnützigen Kulturvereinen im Kreis Ostholstein an.

Um Kultur für alle Menschen unserer Gesellschaft erlebbar zu machen, setzen wir uns im Kreis für niedrigschwellige Angebote und Konzepte ein. Wir befürworten die Einrichtung einer Gedenkstätte zur Tragödie der Cap Arcona und unterstützen die Entwicklung der Bildungseinrichtung Gedenkstätte Ahrensböök.

Wir begrüßen auch den Kauf des Tischbeinhauses in Eutin, das unsere kulturellen Stätten um einen wertvollen Baustein erweitert.

Wirtschaftlich erfolgreiches Ostholstein

GRÜNE Wirtschaftspolitik ist sozial und nachhaltig. Wir setzen nicht isoliert auf die Maximierung von Wirtschaftswachstum, sondern auf das Gesamtwohl von Menschen und Natur und auf Wohlstand für alle. Wir wollen Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen und orientieren uns auch in Ostholstein an der GRÜNEN Vision einer sozialen, ökologischen und florierenden Wirtschaft, denn nur gesunde und rentable Unternehmen können die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaftsweise gestalten und finanzieren.

Die multiplen Krisen unserer Zeit stellen unsere Wirtschaft vor große Herausforderungen, sind aber auch eine Chance für Weiterentwicklung und Innovation. Die Raumbedarfe von Energie- und Tourismuswirtschaft, Gewerbegebieten, Wohnraumentwicklung, Infrastruktur, Landwirtschaft und der Hinterlandanbindung zur festen Fehmarnbeltquerung stellen Ostholstein vor große Aufgaben. Um bei dieser Flächenkonkurrenz Raum für Natur- und Umweltschutz zu schaffen und zu bewahren, bedarf es innovativer flächeneffizienter Lösungen, um dem Flächensparziel Schleswig-Holsteins 2030 gerecht zu werden.

Uns ist eine regional abgestimmte Wirtschaftspolitik wichtig, ebenso wie interkommunale Projekte. Regionen sollen als gemeinsamer Raum wahrgenommen und geplant werden. Wir wollen, dass kommunale Wirtschaftsförderung sich von lokalem Vorrangdenken löst – wir bevorzugen eine gemeindeübergreifende Ausrichtung. Denn die Vernetzung von Städten und Gemeinden einer Region kann viele Vorteile bringen: Netzwerke zwischen Unternehmen und Verwaltungen bauen sich auf, Betriebe kooperieren, regionale Wirtschaftskreisläufe werden gefördert. Längst weiß man, welche wichtige und nachhaltige Standortfaktoren entstehen können durch all jene Möglichkeiten, die in regionalen Kooperationen, regionalem Wissenstransfer, regionaler Infrastruktur, regionalen Verkehrslösungen und einem regionalen Arbeitskräfteangebot liegen. Nicht zuletzt haben Regionen mit unverwechselbaren Besonderheiten auch Elemente für den Tourismus zu bieten.

Gemeinwohl als Wirtschaftsfaktor begreifen

Kommunale Bilanzen oder Erfolge sollen in Zukunft mit mehreren Maßstäben bewertet werden. Nicht nur in finanzieller Hinsicht: Neben der klassischen Finanzbilanz müssen auch Werte einbezogen und verglichen werden, die gesellschaftlichen Nutzen bilanzieren. Dazu gehören Bedürfnisbefriedigung, Sinnstiftung, Teilhabe aller, Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit und Lebensqualität. Eine solche Bilanz des Gemeinwohls ist ein konkretes, umsetzbares Instrument für Unternehmen, Organisationen und Kommunen aller Größen und Rechtsformen. Gemeinwohloökonomie ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer Wirtschaftsweise, die in erster Linie den Menschen in den Mittelpunkt stellt und ihm

dient. Kommunale Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein. Wenn der Kreis und seine Betriebe Kapital anlegen, sind neben der Anlagesicherheit auch ethische Kriterien zu beachten, die Umweltstandards und soziale Standards als Anlagebedingung festlegen. Als ersten Schritt fordern wir von kommunalen Unternehmen eine frühere und freiwillige Einführung eines ESG-Reports, um die Anstrengungen in dieser Richtung transparent sichtbar zu machen.

Ostholstein als verantwortungsvollen Arbeitgeber aufstellen

Von Kommunen wird zu Recht erwartet, dass sie sich auch als Arbeitgeber gemeinwohlorientiert verhalten und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen bieten. Einfache Tätigkeiten an Subunternehmen auszulagern, um Kosten zu sparen, widerspricht diesem Prinzip. Denn es ist oft unsozial und trägt zu weiterer sozialer Spaltung bei. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung und die städtischen Betriebe ihr Angebot flexibler Arbeitszeiten weiter ausbauen. Auch Führungsaufgaben müssen in Teilzeit oder in geteilter Verantwortung möglich sein. Das Ziel ist, dass sich Familie und Beruf auf allen Ebenen bis hin zur Geschäftsführung und Amtsleitung noch besser vereinbaren lassen.

Führungspositionen in der Verwaltung sollen noch häufiger von Frauen übernommen werden – wir fordern gezielte, wirksame Schritte in diese Richtung. Dass Frauen und Männer generell gleiche Berufschancen und Karrieremöglichkeiten haben, ist eines der grundsätzlichen Ziele unseres grünen Wertekanons. Verwaltungen sollen zudem Menschen mit Migrationshintergrund einstellen und gezielt weiterbilden. So können wir die interkulturelle Ausrichtung und den Inklusionsgedanken stärken.

Wir fordern, dass Kommunen als gute Arbeitgeber das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) unbedingt einhalten – dann muss niemand beispielsweise aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität mit Diskriminierung rechnen. Gute Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten machen Kommunen auf dem immer enger werdenden Markt der Fachkräfte attraktiv.

Kommunen sollen die Möglichkeiten des Tariftreuegesetzes nutzen, also bei öffentlichen Aufträgen die Tarifbindung fordern und vertraglich festschreiben. Für kommunale Tochtergesellschaften gilt dasselbe.

Kreis Ostholstein als Kundin: ökologisch und fair

Jede Gemeinde oder Stadt kauft Materialien und Produkte für Büros, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altenheime, Jugendhäuser und viele andere Einrichtungen. Somit sind Kommunen selbst ein beträchtlicher Wirtschaftsfaktor. Wir fordern, dass der Kreis Ostholstein bei seinen Einkäufen mit gutem Beispiel vorangeht und umweltverträgliche Produkte und Waren aus der Region bevorzugt. Er sollte seine

Ausschreibungs- und Vergaberichtlinien entsprechend festschreiben. Der Kreis Ostholstein soll auf Produkte, die den sozialen Standards nicht entsprechen, beispielsweise weil sie in Kinderarbeit hergestellt werden, verzichten. Wir begrüßen es, wenn sich Kommunen als Fairtrade-Town zertifizieren lassen. Kommunen tragen Verantwortung für den Klimaschutz. Für uns gehört es auch dazu, den Fuhrpark und die Energieversorgung emissionsarm, nachhaltig und ökologisch zu organisieren.

Energiewende umsetzen

Effiziente Energiepolitik sehen wir als weiteres großes Thema für die Wirtschaftsförderung. Damit verbunden ist auch der massive Ausbau erneuerbarer Energien. Darin liegen große Potentiale für das lokale Handwerk und den Mittelstand.

Wir sehen in dem ZVO und den Stadtwerken wichtige Partner der Energiewende und sollten diese mit ihrer Expertise noch aktiver einbeziehen und wir wollen die Chancen von in OH erzeugtem grünen Wasserstoff nutzen. Um den Energieverbrauch zu senken, ist innovative Technik ebenso wichtig wie energieeffizientes Bauen und Sanieren. Der Klimaschutz wird nur zusammen mit der Bevölkerung und mit der örtlichen Wirtschaft gelingen. Der Angriffskrieg Russlands und dessen Folgen unterstreichen die Wichtigkeit der erneuerbaren Energien für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir möchten den guten Ausbau und den Zubau der erneuerbaren Energien nutzen, um vor Ort Wertschöpfungsketten der Energiewirtschaft zu etablieren.

Um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken, müssen wir die Landwirtschaft unbedingt einbeziehen. Das gilt zum Beispiel für das Vermarkten der regionalen Produkte oder für die Öffentlichkeitsarbeit.

Eine kommunale Wirtschaftsförderung hat zudem die Aufgabe, Startups, neue Talente und neue Potentiale für unternehmerisches Handeln zu fördern. Wir wollen, dass Frauen wie auch Menschen mit Migrationshintergrund als Unternehmer*innen stärker in den Fokus rücken.

Tourismus nachhaltig gestalten

Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Ostholstein. Hier gilt es, die Betriebe darin zu unterstützen, früher als 2045 klimaneutral wirtschaften zu können. Wir möchten ein qualitatives Wachstum fördern und den Anteil gut entlohnter Ganzjahresarbeitsplätze steigern. Dies wollen wir mit einem stetigen Ausbau des Angebots flankieren.

An der Küste sind in vielen Orten die Kapazitätsgrenzen erreicht. Noch mehr Betten sind nicht mehr verträglich und führen zu einer ständigen Überfüllung. Die Zahl der PKW, die

bei gutem Wetter auf die Küsten zurollen, muss reduziert werden. Das kann nur über ein gutes Bahn- und Busangebot erreicht werden.

Im Binnenland müssen Tourismuskonzepte gut geprüft werden, damit nicht auch hier ein Verdrängungseffekt von Einheimischen durch die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen eintritt.

Gewerbegebiete klimaneutral (um-)planen

Neue Gewerbegebiete sind flächensparend und treibhausgasneutral zu planen und auch bestehende Gewerbegebiete wollen wir dabei unterstützen, früher als 2045 klimaneutral zu werden. Für Gewerbegebiete wollen wir eine gute Radweg- und ÖPNV-Anbindung gewährleisten und Freiflächen naturnah gestalten.

Fachkräfte ausbilden

In vielen Branchen herrscht ein gravierender Mangel an Fachkräften. Vor allem betroffen sind Berufe wie Installateur*innen, Techniker*innen, Starkstromelektriker*innen, PV- Anlagenmonteur*innen sowie Mitarbeiter*innen in Hotellerie und Gastronomie. Die Werbung für Ausbildungsplätze, vor allem im Handwerk, und eine Offensive für Praktika in Betrieben sind dringend erforderlich. Berufsschulen sollten gut an den ÖPNV angebunden sein und Lehrveranstaltungen sowohl in Präsenz als auch online angeboten werden. Ein gutes Angebot von Sprachkursen ist ein weiterer Baustein.

Vernetzung ausbauen

Uns ist es wichtig, dass der Wirtschaftsraum Ostholstein stark vernetzt ist. Wir möchten daher die Entwicklungsgesellschaft Ostholstein weiterhin in ihrer Arbeit stärken. Die Geschwindigkeit der digitalen Veränderungsprozesse ist atemberaubend. Das stellt nicht nur jede und jeden Einzelne*n vor große Herausforderungen, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes. So steht der globale Arbeitsmarkt vor dem größten Umbruch seit Jahrzehnten. Selbstfahrende Fahrzeuge, denkende Maschinen, intelligente Lagersysteme und eine internetbasierte Verwaltung werden in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten zahllose Arbeitsplätze kosten. Gleichzeitig werden die neuen Techniken neue Jobs entstehen lassen, vor allem in der Beratungs- und Dienstleistungsbranche. Wir gehen diesen Weg mit. Auf kommunaler Ebene müssen wir die Chancen, welche die Digitalisierung bietet, zielstrebig umsetzen – ohne die damit verbundenen Gefahren auszublenden. Ein konkretes Ziel ist es, den Service für die Bevölkerung und für die Wirtschaft zu verbessern, indem Verwaltungsabläufe digitalisiert werden. Deswegen wollen wir GRÜNE sicherstellen, dass die Digitalisierung im Kreis zielstrebig weitergeht

und dass in allen Teilen des Kreises eine entsprechende leistungsstarke digitale Infrastruktur vorhanden ist, hierzu muss auch das Digitalisierungskonzept des Kreises mit ausreichend Personal umgesetzt werden.